

Niederschrift

**über die 36. Sitzung des
Jugendkreistags des Landkreises Freising
am 26.5.2023
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Freising**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 11:58 Uhr

Vorsitzender: Landrat Helmut Petz

Schriftführerin: Yvonne Gentzsch

Von den 76 beschließenden Mitgliedern sind insgesamt 40 anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist ab einer Anwesenheit von 39 Mitgliedern gegeben.

Die anwesenden Jugendkreistagsmitglieder sind aus beigefügter Anwesenheitsliste (Anlage) zu entnehmen.

Weiter sind anwesend:

AL 5 Amtsleiterin Arabella Gittler-Reichel
SG 55 (Kommunale Jugendarbeit) Tina Butt

Kreisjugendring Freising: Ursula Delgado

Von den beratenden Mitgliedern aus dem Kreistag sind folgende Kreisrätinnen und Kreisräte anwesend:

CSU Martin Hellerbrand
SPD Herbert Bengler
AfD Melanie Hilz
FDP Tobias Weiskopf

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Beschlussfähigkeit ist zunächst nicht gegeben, da die erforderliche Anzahl der Jugendkreistagsmitglieder noch nicht anwesend ist. Beschlussfähigkeit ist erst gegen 10 Uhr hergestellt.

Tagesordnung

36. Sitzung des Jugendkreistags am 26.5.2023
Tagesordnung
Öffentlich
TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und Bekanntgabe von Entschuldigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 3: Einführende Erläuterungen und Berichterstattung
3.1 Zuständigkeit Jugendkreistag / Ablauf einer Sitzung
3.2 Bekanntgaben
Preisträger*innen des Jugendkulturpreises wurden am 16.05.2023 auf dem Uferlos Festival gewürdigt. Preisträger*innen 2023 sind Luis Mann (Musik), Traumfänger-Kollektiv (Musik), Filmteam (Film).
Weiterleitungen der Anträge ohne Zuständigkeit an die entsprechenden Stellen
3.3 Budget 2023: Budget insgesamt: 5.000 €
TOP 4: Anträge
4.1: Jugendpolitische Forderungen (KJR Freising)
4.2: Förderung von Schulprojekten (KJR Freising)
4.3: Änderung Satzung Jugendkulturpreis (Camerloher-Gymnasium)
4.4: Machbarkeitsstudie Landschaftspflegeverband (Camerloher-Gymnasium)
4.5: Foodsharing Kühlschranks (KJR Freising)
4.6: Sportgeräte für den Außenbereich (Camerloher-Gymnasium)
4.7: Bauten Josef-Hofmiller-Gymnasium (Josef-Hofmiller-Gymnasium)
4.8: Anfrage/Sonstiges
TOP 5: Schließung der Sitzung

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
--

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräte und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und Bekanntgabe von Entschuldigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit
--

Der Vorsitzende stellt fest, dass mit Schreiben vom 11.5.2023 unter Beifügung einer Tagesordnung ordnungsgemäß geladen worden ist.

Landratsamt Freising

35 Mitglieder des Jugendkreistages waren im Zeitpunkt der Eröffnung der Sitzung anwesend, fünf kamen erst etwas später. Die Beschlussfähigkeit war zu Beginn der Sitzung deshalb noch nicht gegeben. Vor der ersten Beschlussfassung zu TOP 4.1 stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 3

Einführende Erläuterungen und Berichterstattung

Der Vorsitzende berichtet, dass der Kreistag des Landkreises Freising im Jahr 2003 gegründet habe. Er erläutert den Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräten die Zuständigkeiten des Kreistags von denen sich die Handlungsmöglichkeiten des Jugendkreistags ableite und spricht die herzliche Einladung aus, mitzumachen, weil in diesem Gremium die kommunalpolitische Arbeit trainiert werden könne. Einige Mitglieder des Kreistags seien aus dem Jugendkreistag hervorgegangen.

3.1 Zuständigkeit Jugendkreistag / Ablauf einer Sitzung

Der Vorsitzende erläutert am Beispiel des Antrags 4.1 von Jugendkreisrätin Sobelatis mit jugendpolitischen Forderungen des Kreisjugendrings die Themen, wie das BAföG oder das Wahlrecht betreffen, mithin Gesetzesänderungen, für die der Bundesgesetzgeber zuständig sei und nicht der Kreistag. Auch wenn er Vieles von dem, was vorgebracht worden sei, politisch unterstütze, könne darüber vom Kreistag und damit auch vom Jugendkreistag nicht entschieden werden.

Jugendkreisrätin Sobelatis nimmt hierzu Stellung. Es handele sich um Forderungen der Jugend in Freising insgesamt an die Politik und es sei ihr darum gegangen, dies über den Jugendkreistag zu allgemeinen Forderungen der Jugend zu machen.

Der Vorsitzende wiederholt, dass hierfür die Zuständigkeit fehle, weil der Kreistag kein allgemeinpolitisches Mandat habe und sich zu diesen Themen auch nicht äußern dürfe. Gleiches gelte für den Jugendkreistag. Er könne die Forderungen lediglich als Statement akzeptieren, das sich aber nicht umsetzen lasse.

Auch das Thema Klimaschutz und der Energiewende, so der Vorsitzende weiter, liege größtenteils in der Hand der Gemeinden, es gebe aber auch kreispolitische Handlungsspielräume, die er im Einzelnen darlegt.

Ein Mitglied des Jugendkreistags schildert verschiedene Missstände am SPFZ in Pulling, von denen er gehört habe. Der Vorsitzende räumt ein, dass sich die Schilderung brisant anhöre. Im Jugendkreistag dürften aber nur Themen beraten und beschlossen werden, die auf der Tagesordnung stehen, weshalb eine Befassung mit dem Thema nicht in der jetzigen Sitzung grundsätzlich unzulässig sei. Überdies könne der Landkreis als Sachaufwandsträger der weiterführenden Schulen auf den Schulbetrieb keinen Einfluss nehmen. Richtiger Ansprechpartner sei in diesen Fällen das Kultusministerium, der Ministerialbeauftragte oder das staatliche Schulamt. Er könne hier jedoch informell mit der Schulleitung reden.

Frau Gittler-Reichel ergänzt, dass bei Themen des Kindeswohls auch das Jugendamt zuständig sei. Die genannten Missstände müssten, sofern sie zuträfen und beobachtet worden seien, mit genauen Daten und Fakten beim Jugendamt gemeldet und dargelegt werden.

Landratsamt Freising

Der Vorsitzende bestätigt dies und hält ein Schreiben an das Jugendamt für die sinnvollste Lösung. Er schlägt vor, nun die in der Tagesordnung enthaltenen TOPs zu behandeln und gegebenenfalls mit der Beschlussfassung zu warten, bis Beschlussfähigkeit vorliege. Er erläutert dem Gremium im Anschluss den Ablauf einer Sitzung.

Ein Mitglied äußert, dass von ihm noch fristgemäß zwei Anträge gestellt worden seien, die aber nicht auf der Tagesordnung stünden. Scheinbar seien sie nicht korrekt per E-Mail übermittelt worden, obwohl er eine Sendebestätigung erhalten habe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich der Jugendkreistag unter Anfragen/Sonstiges damit befassen könne. Nach der GeschO-KT könnten Punkte behandelt werden, die nicht auf der Tagesordnung stünden, wenn alle Teilnehmer damit einverstanden seien oder die Angelegenheit dringlich sei.

3.2 Bekanntgaben

Der Vorsitzende berichtet von der Verleihung des Jugendkulturpreises am 16.5.2023 auf dem Uferlos-Festival. Die Preise seien zu gleichen Teilen an die Preisträger Luis Mann und das Traumfänger-Kollektiv in der Kategorie Musik und das Filmteam in der Kategorie Film gegangen.

3.3 Budget 2023: Budget insgesamt: 5.000 €

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Budget für den Jugendkreistag i.H.v. 5.000 € dem Jugendkreistag zur freien Verfügung stehe und nicht zweckgebunden sei. Bei zwei Jugendkreistage im Jahr müsse mit dem Budget gut gehaushaltet werden. Es könne nur ausgegeben werden, was verfügbar sei.

TOP 4 Anträge

Der Vorsitzende schlägt vor, nach der Reihenfolge der Anträge vorzugehen und die erforderlichen Beschlüsse nachzuholen, sobald das Gremium beschlussfähig sei.

4.1 Jugendpolitische Forderungen (KJR Freising)

Anlage(n) der Sitzungseinladung:
Antrag von Jugendkreisrätin Clara Sobelatis, KJR Freising

Betreff: Beschließung der jugendpolitischen Forderungen des Ak Jugendpolitik des Kreisjugendrings

Anlage: Antrag von Jugendkreisrätin Clara Sobelatis, Kreisjugendring Freising

1. Sachverhalt

Der Ak Jugendpolitik des Kreisjugendring Freising hat vor ca. vier Jahren das erste Mal jugendpolitische Forderungen aufgestellt. Diese sind Forderungen, die die Jugendlichen im Kreis Freising an die Politik haben. Diese wurden dann von der KJR Vollversammlung und dem Jugendkreistag beschlossen und folgend veröffentlicht. Nun wurden die Forderungen überarbeitet und sollen erneut beschlossen werden.

Jugendpolitische Forderungen des KJR's Freising

Landratsamt Freising

1. Wahlrecht ab 16

Alle Jugendlichen ab 16 Jahren sollen das Recht haben, an Wahlen und Bürgerentscheiden teilzunehmen. Sie sollen sich an politischen Entscheidungen über ihre Zukunft beteiligen können.

2. Jugendräte in allen Gemeinden

Jugendparlamente und -räte wie der Jugendkreistag sind Gremien, die viel Potential für die politische Mitbestimmung Jugendlicher im Landkreis Freising bieten. Wir fordern die Einführung von Jugendparlamenten oder -räten in allen Freisinger Gemeinden.

3. Stärkung des Jugendkreistags

Wir wollen eine Stärkung und eine bessere Einbindung des Jugendkreistages in die Entscheidungsorgane des Landkreises, um sein Potential bestmöglich nutzen und die Ideen und Initiativen des Jugendkreistags ohne bürokratische Hürden verfolgen zu können. Hierfür fordern wir eine dauerhafte Vertretung des Jugendkreistags im Freisinger Kreistag mit Rederecht.

4. Förderung der politischen Partizipation

Die Teilnahme am politischen Diskurs soll durch frühe Demokratiebildung an Schulen gefördert werden. Beispielsweise durch die Ausweitung des Sozialkundeunterrichts und der verpflichtenden Einführung einer Schülermitverantwortung (SMV).

5. Mehr Integrationsmöglichkeiten für Jugendliche mit Behinderung

Mehr Barrierefreiheit in Einrichtungen für Jugendliche ist grundsätzlich notwendig. Zusätzlich fordern wir eine stärkere Inklusion Jugendlicher mit Behinderung. Konkret wünschen wir uns, dass es mehr Partnerklassen an den Freisinger Schulen gibt.

6. Workshops zur Auseinandersetzung mit sensiblen Themen für Lehrkräfte und Schüler:innen

Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung sind Themen, die nicht zu bloßem Schulstoff heruntergebrochen werden sollten, aber trotzdem angemessener Auseinandersetzung, Aufmerksamkeit und Aufklärung bedürfen. Daher sollen diese Themen in der Schule mit der Hilfe von externen Expert:innen behandelt werden.

7. Elternunabhängiges BAföG für alle

Wir fordern, dass BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern vergeben wird, um die Chancengleichheit in der Bildung entkoppelt von der familiären Situation gleichberechtigt für alle zu gewährleisten.

8. Vergünstigte Wohnmöglichkeiten für Studierende, Auszubildende und Schüler aus dem Landkreis Freising in Münchener Wohnheimen

Wir fordern, dass junge Menschen aus dem Landkreis Freising in (Aus-)Bildung auch zu humanen Preisen in Münchener Wohnheimen in der Nähe ihres Bildungsortes wohnen können. Bei der Vergabe sollen besonders Jugendliche berücksichtigt werden, deren Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sehr lang dauert oder nur zu ungünstigen Zeiten möglich ist.

Eine andere Lösung wäre die Gründung eines Wohnheims für Studierende und Berufsschüler:innen aus dem Landkreis Freising in München nach dem Vorbild des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen.

9. Schulwegkostenfreiheit

Landratsamt Freising

Für alle Schüler:innen bis einschließlich zur 13. Jahrgangsstufe soll der Schulweg kostenfrei sein. Der Freistaat Bayern soll dazu in Kooperation mit den Landkreisen ein Finanzierungskonzept ausarbeiten und allen Schüler:innen ein kostenfreies Ticket für die Fahrstrecke zur Verfügung stellen.

10. Ausweitung des 365-Euro-Tickets

Das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für junge Menschen, Student:innen, Senior:innen und Menschen die Hilfe vom Staat erhalten eine enorme finanzielle Belastung. Auch das 49-Euro-Ticket ist für viele aus diesen Gruppen, besonders durch die hohen Lebenshaltungskosten im Großraum München, nur schwer zu stemmen. Um diesen Personengruppen trotzdem die Möglichkeit zu bieten den ÖPNV im Raum München sorgenfrei nutzen zu können fordern wir die Ausweitung des Anspruches auf das bestehende 365-Euro-Ticket auf Student:innen, Senior:innen Sozialleistungsempfänger:innen und allen jungen Menschen unter 27 Jahren.

11. Bessere Busanbindungen im Landkreis Freising

Für Jugendliche im Landkreis sind Busse das zentrale Fortbewegungsmittel. Wir fordern deshalb eine höhere Taktung der Busse, vor allem in den ländlichen Gemeinden, neue Linien und Expressverbindungen, die eine gute Anbindung sicherstellen.

12. Ausbau des Fahrradverkehrs

Wir fordern Fahrradschnellstraßen an den vielfrequentierten Strecken und sichere Radwege an allen vielbefahrenen Autostraßen im Kreis Freising in den Städten und über Land, um die Attraktivität und den Nutzen des Radfahrens zu steigern. Damit einhergehend fordern wir die Bereitstellung von ausreichend sicheren Stellplätzen für Fahrräder und E-Bikes und die Einführung von Leihrädern mit ausreichend Stationen im Landkreis. Dies soll ermöglichen, dass mehr Menschen das Fahrrad und den ÖPNV nutzen können und nicht aufgrund ihrer Entfernung zum Bahnhof auf einen PKW angewiesen sind. Dies ist vor allem wichtig für Jugendliche, die im Kreis Freising leben, aber ihre Ausbildung oder (Berufs-)Schule an einem anderen Ort besuchen.

13. Erhalt von Jugendkulturstätten und Ausgeh- und Freizeitmöglichkeiten

Vor allem nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ist es nun von besonderer Wichtigkeit Jugendlichen vielfältige Optionen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten. Darunter fallen unter Anderem Jugendzentren, Badegewässer und Gaststätten.

14. Schwimmkurse für alle

Jedes Kind und jeder Jugendliche muss schwimmen können. Wir fordern deshalb, dass im Landkreis Freising dezentral ausreichend Schwimmkurse angeboten werden.

15. Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Schwangerschaftsabbrüche werden zwar nicht strafrechtlich verfolgt, gelten in Deutschland aber nach wie vor als Straftatbestand. Dies sorgt für unnötige Schwierigkeiten, unter anderem dadurch, dass es angesichts dessen nur wenige Ärzt:innen gibt, die diese Eingriffe durchführen. Aus diesem Grund müssen Schwangerschaftsabbrüche legalisiert werden.

16. Rechtliche Gleichstellung jeglicher Partnerschaftsmodelle

Die rechtliche und soziale Diskriminierung von nicht heteronormativen oder polyamoren Partnerschaftsmodellen, zum Beispiel im Adoptionsrecht, ist für die

Landratsamt Freising

Betroffenen nach wie vor ein großes Problem in Deutschland. Gesetze und Verordnungen sollten für alle Menschen gleichberechtigt gelten.

17. Verbesserung von psychologischer und therapeutischer Versorgung und Aufklärung

Vor allem durch die Coronapandemie ist deutlich geworden, dass die psychologische und psychotherapeutische Versorgungslage in Deutschland unzureichend ist und vor allem junge Menschen hiervon übermäßig betroffen sind. Die viel zu langen Wartezeiten können für die Betroffenen lebensbedrohlich werden. Wir fordern daher eine ausreichende flächendeckende Versorgung mit psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten.

Der Vorsitzende macht nochmals deutlich, dass nur darüber Beschluss gefasst werden könne, wofür die Kreispolitik zuständig sei. Jugendkreisrätin Clara Sobelatis konkretisiert daraufhin den Antrag. Nicht die einzelnen Forderungen sollen beschlossen werden, sondern dass der Jugendkreistag die jugendpolitischen Forderungen unterstützt.

Der Vorsitzende ist damit einverstanden, weist allerdings darauf hin, dass der Beschlussvorschlag in diesem Fall geändert werden müsse. Er schlägt vor, jede einzelne der angesprochenen Forderungen in der gebotenen Kürze zu erläutern. Jugendkreisrätin Sobelatis begründet kurz jede der Forderungen.

Zu 1. Wahlrecht ab 16 Jahre:

Der Vorsitzende erläutert, dass bei Rechtsänderungen für die Bundestagswahlen der Bundestag und für die Landtags- oder Kommunalwahlen der Bayerische Landtag der richtige Ansprechpartner sei, so dass hier kein Beschluss möglich sei.

Zu 2. Jugendräte in allen Gemeinden:

Der Vorsitzende teilt mit, dass auch hier keine Zuständigkeit des Landkreises vorliege. Man werde die Forderung aber gern an die Landkreisgemeinden weitergeben.

Zu 3. Stärkung des Jugendkreistags:

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der Landkreis auf der Grundlage der LKrO eine Geschäftsordnung erlassen habe, die ein Rederecht lediglich für gewählte Mitglieder des Kreistages vorsehe. Alle Interessierten könnten jedoch an öffentlichen Sitzungen des Jugendkreistags teilnehmen. Ihnen könne vom Vorsitzenden im Einzelfall auch das Wort erteilt werden, sofern das Gremium einverstanden sei.

Ein Teilnehmer des Jugendkreistags fragt nach, warum es nicht möglich sei, Vertreter aus dem Jugendkreistag in den Kreistag zu wählen.

Der Vorsitzende antwortet, dass es sich beim Kreistag um ein gewähltes Gremium handele. Es bestehe aber für alle passiv Wahlberechtigten die Möglichkeit, sich als Kandidatin/als Kandidat für die Kreistagswahl aufstellen zu lassen.

Ein Mitglied des Jugendkreistags regt an, die Geschäftsordnung des Kreistags zugunsten eines Rederechts für Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräte zu ändern.

Der Vorsitzende hält dies insbesondere bei Ausschüssen für sinnvoll, die die Jugendkreisrätinnen und -kreisräte betreffen, wie insbesondere den Jugendhilfe- oder Schulausschuss. Er sagt zu, dies nochmal prüfen zu lassen.

Zu 4. Förderung der politischen Partizipation

Der Vorsitzende unterstützt diese Forderung. Politische Bildung sei ein wichtiges Thema. In welchem Umfang politische Bildung im Schulunterricht angeboten werde, entscheide aber die Schulleitung. Deshalb könne er die Forderung aber noch einmal an die Schulleitungen

Landratsamt Freising

transportieren. Politische Bildung sei ein zentrales Thema der „Bildungsregion“ des Landkreises Freising und der Schulleitungen.

Zu 5. Mehr Integrationsmöglichkeiten für Jugendliche mit Behinderung

Der Vorsitzende informiert, dass es sich beim Thema Inklusion in Schulen um eine Entscheidung des jeweiligen Trägers handele. Der Landkreis sei in diesem Bereich aber bereits tätig geworden und arbeite an Lösungen.

Ein Mitglied des Jugendkreistags fragt, ob der Landkreis als Sachaufwandsträger darauf Einfluss nehmen könne, ob Inklusionsklassen entstünden. Der Vorsitzende bejaht dies.

Zu 6. Workshops zur Auseinandersetzung mit sensiblen Themen für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler

Der Vorsitzende erklärt, dass hier der Schulbetrieb betroffen sei und dem Landkreis deshalb die Hände gebunden seien.

Ein Mitglied des Jugendkreistags fragt nach, ob der Landkreis im Falle des Abhaltens von Workshops an Schulen Zuschüsse geben könne, was der Vorsitzende bestätigt.

Zu 7. Elternunabhängiges BAföG für alle

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der Landkreis hierfür nicht zuständig sei, weil es sich beim BAföG um ein Bundesgesetz handele, das der Bundestag beschließe. Er empfiehlt ein entsprechendes Schreiben an einen der Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises zu richten.

Zu 8. Vergünstigte Wohnmöglichkeiten für Studierende, Auszubildende und Schüler aus dem Landkreis Freising in Münchener Wohnheimen

Das Thema bezahlbarer Wohnraum für bestimmte Berufsgruppen sei eine seiner zentralen Forderungen, so der Vorsitzende. Der Landkreis habe eine landkreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet, um hier voran zu kommen. Bezahlbarer Wohnraum müsse aber zunächst im eigenen Landkreis geschaffen werden, bevor man sich in Richtung München orientiere, wo die Preise doppelt so hoch seien.

Ein Mitglied des Jugendkreistags merkt an, dass Wohnraum in München nicht vorhanden sei, weshalb er sich die Frage stelle, wie vergünstigter Wohnraum geschaffen werden könne, wenn dieser nicht vorhanden sei.

Ein anderes Mitglied des Jugendkreistags meint, dass ein Wohnheim in Freising für viele in der Ausbildung vorteilhaft wäre.

Ein weiteres Mitglied des Jugendkreistags ergänzt, dass vergünstigte Wohnmöglichkeiten zumindest im S-Bahn-Einzugsbereich wünschenswert seien, um den Schulweg zeitlich zu verkürzen.

Zu 9. und 10. Schulwegkostenfreiheit und Ausweitung des 365-Euro-Tickets:

Der Vorsitzende verbindet die Punkte 9. und 10. zur gemeinsamen Beratung. Ab einer Entfernung von drei Kilometern Schulweg gebe es das 365 €-Ticket, das der Landkreis auch für Studierende beschlossen habe.

Ein Mitglied des Jugendkreistags hält die Drei-Kilometer-Regelung für ungünstig. Sie könne in der Praxis zu Unverständnis führen, wenn es sich um Schüler aus der Nachbarschaft handele und der Schulweg bei dem einen kostenfrei sei und beim anderen nicht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Landkreis hier stets flexible Regelungen versucht habe. Wenn im Bus noch Kapazitäten seien, spreche nichts gegen eine Beförderung auch der

Landratsamt Freising

nicht berechtigten Schülerinnen und Schüler. Wo eine unbürokratische Lösung möglich sei, werde diese umgesetzt.

KR Bengler beschreibt einen Beispielfall aus dem Bereich Seysdorf/Au, wo es einen ähnlichen Problemfall mit dem Schulweg gegeben habe. Hier habe es seitens der Eltern ein Schreiben an den Bürgermeister und den Landrat gegeben, woraufhin in sehr unbürokratischer Weise die Kinder mit dem Bus mitfahren konnten. Deshalb könne er ein entsprechendes Schreiben an die genannten Personen bei Problemfällen nur empfehlen. Im Normalfall versuchten die Kommune und der Landkreis, Abhilfe zu schaffen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Landkreis zwar eine Ausweitung des 365-Euro-Tickets für Studierende, aber nicht für Sozialleistungsempfänger und generell für junge Menschen unter 27 Jahren beschlossen habe. Der Landkreis sei hier zuständig. Er gebe diese Forderung gern an die Kreispolitik weiter. Im Moment sei das Thema aber durch das Deutschland-Ticket überholt worden.

Zu 11. Bessere Busanbindungen im Landkreis Freising

Ein angebotsorientierter Ausbau der Busverkehre ist nach den Worten des Vorsitzenden eine zentrale politische Zielsetzung des Landkreises. Er berichtet von den vorhandenen und noch geplanten Regionalbus- und Expressbuslinien im Landkreis sowie von der geplanten Testphase eines Rufbussystems (On-Demand-Verkehr). Letzteres wolle die Kreispolitik in Moosburg ausprobieren und im Erfolgsfall im ganzen Landkreis etablieren mit virtuellen Haltestellen, die in einem Radius von maximal 200 m erreichbar seien. Testgebiet sei das Stadtgebiet Moosburg, getestet werde in einen Versuchszeitraum von vier Jahren. Die Kosten hierfür seien allerdings sehr hoch.

Ein Mitglied des Jugendkreistags fragt nach, ob eine Vergleichbarkeit mit dem Pilotprojekt MVV-Flex in München bestehe. Der Vorsitzende erklärt, dass MVV-Flex der neue Name für On Demand-Verkehre sei; inhaltlich handele es sich um dasselbe System.

Das Mitglied des Jugendkreistags hakt nach und will wissen, ob der Stadtbus von Moosburg in den MVV eingegliedert werden soll, was der Vorsitzende bejaht.

Zu 12. Ausbau des Fahrradverkehrs

Der Vorsitzende betont, dass dies ebenfalls eines der zentralen politischen Ziele des Landkreises sei. Dem Landkreis sei ganz besonders am Fahrradwegeausbau gelegen. Er führt als Beispiel den schnellen Fahrradweg bzw. Fahrradschnellweg von Freising nach Garching an.

Zu 13. Erhalt von Jugendkulturstätten und Ausgeh- und Freizeitmöglichkeiten

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Ausgeh- und Freizeitmöglichkeiten grundsätzlich das Ergebnis privater Initiative, etwa von Gaststätten sei, weist aber auch auf die zahlreich vorhandenen kommunalen Freizeiteinrichtungen hin. Als herausragendes Beispiel nennt er die erst kürzlich erfolgte Einweihung des Naherholungsgebiets Hollerner See mit 90 Hektar Erholungsfläche in der Gemeinde Eching. Er werde dieses Anliegen des Jugendkreistags an die Gemeinden weitergeben.

Zu 14. Schwimmkurse für alle

Der Vorsitzende fragt nach, ob Schwimmunterricht nicht Standard an den Schulen sei.

Verschiedene Mitglieder des Jugendkreistags berichten, dass kaum oder kein Schwimmunterricht an den Schulen stattfindet. Der Vorsitzende unterstützt die Forderung, weist jedoch darauf hin, dass das Angebot von Schwimmunterricht den allgemeinen Schulbetrieb betreffe.

Landratsamt Freising

Nach Angaben verschiedener Mitglieder des Jugendkreistags stelle die Gruppengröße oftmals ein Problem dar sowie das unterschiedliche Können der Schülerinnen und Schüler. Ferner sei Schulschwimmen nicht mit einem Schwimmkurs vergleichbar.

Zwischen einzelnen Mitgliedern des Jugendkreistags entsteht eine kurze Diskussion, ob ein Schwimmkurs bei einer größeren Gruppe mit nur einer Aufsichtsperson umsetzbar sei oder nicht.

Der Vorsitzende bemerkt abschließend, dass es sich auch hier um pädagogische Fragen handele.

Zu 15. Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen:

Der Vorsitzende weist auf die lange Tradition dieser Forderung hin, für die aber nicht der Landkreis der Bundesgesetzgeber der richtige Adressat sei, dem durch das Bundesverfassungsgericht seinerseits ein sehr enger Gestaltungsspielraum zugewiesen worden sei.

Zu 16. Rechtliche Gleichstellung jeglicher Partnerschaftsmodelle

Der Vorsitzende macht auch hier deutlich, dass der Landkreis auch hierfür nicht zuständig sei. Richtiger Adressat sei auch hier der Bundesgesetzgeber.

Zu 17. Verbesserung von psychologischer und therapeutischer Versorgung und Aufklärung

Der Vorsitzende erläutert, dass der Landkreis auch hier nur begrenzt Einfluss habe. Im Klinikum Freising sei man in diesem Bereich sehr gut aufgestellt. Problematisch sei in Teilbereichen die Versorgung durch niedergelassene Ärzte. Die Anzahl der niedergelassenen Therapeuten habe man nicht in der Hand, der Landkreis könne hier lediglich Anreize schaffen.

Frau Gittler-Reichel ergänzt, dass der Landkreis nur einen Appell richten könne, was er auch getan habe. Mittlerweile habe eine jugend- und kinderpsychiatrische Praxis in Freising eröffnet, wofür man sehr dankbar sei.

KR Bengler fügt hinzu, dass man bei der Krankenversicherung etwas erreichen könne, zumal der Landkreis Freising Gesundheitsregion Plus sei. Man müsse das Gespräch suchen. Im Bereich der Kinderpsychiatrie sei der Einzugsbereich sehr groß. Die Krankenversicherungen hätten dies erkannt und deshalb die Bezirke auf diesem Gebiet etwas verkleinert.

Entsprechend seiner einleitenden Ankündigung ändert der Vorsitzende den Beschlussvorschlag dahingehend ab, dass die jugendpolitischen Forderungen durch den Jugendkreistag unterstützt werden und der Amtsvorstand beauftragt wird, diese nicht nur an die Politik, sondern an alle zuständigen Stellen des Landkreises Freising, insbesondere Schulleitungen und Landkreismunicipalitäten, zu kommunizieren. Die Antragstellerin ist mit der Änderung des Beschlussvorschlags einverstanden.

2. Finanzielle Auswirkungen

Keine

3. Beschlussvorschlag

Der Jugendkreistag beschließt die jugendpolitischen Forderungen zu unterstützen. Der Amtsvorstand wird beauftragt, diese als Forderung des Jugendkreistags an die Politik sowie an alle zuständigen Stellen im Landkreis Freising, insbesondere an Schulleitungen und Landkreismunicipalitäten, zu kommunizieren.

Landratsamt Freising

Mehrheitlich beschlossen: Ja: 39 Nein: 1 Anwesend: 40 Persönlich beteiligt: 0

4.2 Förderung von Schulprojekten (KJR Freising)

Anlage(n) zur Sitzungseinladung:
Antrag von Jugendkreisrätin Clara Sobelatis, KJR Freising

Betreff: Förderung von Schulprojekten zum Thema Demokratiebildung

Anlage: Antrag von Kreisjugendrätin Clara Sobelatis, Kreisjugendring Freising

Der Vorsitzende bittet Jugendkreisrätin Sobelatis den Antrag zu begründen und übergibt ihr das Wort.

Auf Nachfrage stellt der Vorsitzende fest, dass es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

1. Sachverhalt

Wir, der Ak Jugendpolitik des KJR, haben bereits ein Schulprojekt mit den 10. Klassen des Domgymnasiums zum Thema Demokratiebildung durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts waren wir für einen Tag gemeinsam mit Vertreter*innen der Jungparteien in den Klassen und haben mit diesen verschiedene Themenbereiche zum Thema Demokratie erarbeitet. Wir würden nun gerne weitere Schulprojekte zu anderen Themen (Bsp. LGBTQ+) an anderen Schulen organisieren und stattfinden lassen. Um dies so gut wie möglich umzusetzen, bräuchten wir für Material finanzielle Unterstützung.

2. Finanzielle Auswirkungen

200 Euro

Vor der Abstimmung macht der Vorsitzende deutlich, dass er den Antrag für hinreichend konkret halte.

3. Beschlussvorschlag

Der Jugendkreistag beschließt, dass der Ak Jugendpolitik des Kreisjugendring Freising zweckgebunden für zukünftige Schulprojekte zum Thema Demokratiebildung 200 Euro aus dem Haushalt des Jugendkreistags erhält.

Einstimmig beschlossen: Ja: 40 Nein: 0 Anwesend: 40 Persönlich beteiligt: 0

4.3 Änderung Satzung Jugendkulturpreis (Camerloher-Gymnasium)

Anlage(n) der Sitzungseinladung:
Antrag von Jugendkreisrat Noah Renkl, Camerloher-Gymnasium Freising

Betreff: Änderung des § 1 der Satzung des Jugendkulturpreises

Anlage: Antrag von Jugendkreisrat Noah Renkl, Camerloher-Gymnasium

Der Vorsitzende bittet Jugendkreisrat Noah Renkl den Antrag zu begründen. Dieser erklärt vorab, dass der Antrag von der gesamten Jury des Jugendkulturpreises unterstützt werde und erläutert den Antrag. Der Antrag wird dahingehend geändert, dass es für die Jury des

Landratsamt Freising

Jugendkulturpreises nunmehr eine Wahlmöglichkeit geben soll, ob sie drei gleiche oder drei abgestufte Preise verleihe. Die Möglichkeit eines Förderpreises wolle man in beiden Fällen offenlassen. Jugendkreisrat Fabian Dirscherl als weiterer Antragsteller begründet dies näher.

Der Vorsitzende trägt dem Gremium die beiden Beschlussvorschläge unter Berücksichtigung des Wahlrechts vor.

Eine Jugendkreisrätin erkundigt sich nach Sinn und Zweck des Antrags und warum man es nicht bei den verschiedenen Preisgeldern belassen könne. Sie verstehe die Beweggründe hierzu nicht.

Der Antragsteller erklärt, dass die verschiedenen Preisträger der jeweiligen Kategorien nicht miteinander vergleichbar seien.

Der Vorsitzende merkt an, dass es Argumente für gleichwertige Preise, aber auch für drei abgestufte Preise gebe. Von den Antragstellern sei beides alternativ gewollt. Eine denkbare Lösung wäre, beide Beschlussvorschläge miteinander zu verschmelzen.

Ein Mitglied des Jugendkreistags kritisiert den Freiraum, der der Jury mit der Gestaltung der Preisgelder eingeräumt werde, da sie sich dadurch unter Umständen angreifbar mache. Er spricht sich deshalb für eine Fassung aus, wo alle Preise gleich dotiert seien.

Es schließt sich eine Diskussion darüber an, ob gleich hohe Preise vergeben werden sollen oder die vorhandene Regelung der abgestuften Preise beibehalten werden soll.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden stellen die Antragsteller klar, dass sie bei gleichwertigen Preisen drei Preisträger bevorzugen.

Zur Umsetzung dieses Ziels empfiehlt der Vorsitzende den ersten Teil des Beschlussvorschlags herauszustreichen mit der Folge, dass die ursprüngliche Regelung bestehen bleibe und um eine alternative Regelung drei gleich hoher Preise ergänzt werde. Wenn das eine Mehrheit finde, sei dies beschlossen, falls dies keine Mehrheit finde, bleibe es bei der bisherigen Regelung in Form einer Abstufung.

Er plädiert dafür, Beschlussvorschlag 2 ohne Nennung von Beträgen zu formulieren: „Alternativ kann die Jury die Preise auch an alle Preisträger gleichwertig vergeben“.

Ein Mitglied des Jugendkreistags schlägt vor, in der nächsten Sitzung im Dezember darüber abschließend abzustimmen.

Die Antragsteller bestehen hingegen darauf, jetzt abzustimmen.

Der Vorsitzende gibt noch einmal den Beschlussvorschlag wieder, über den abgestimmt werden soll.

1. Sachverhalt

Der Jugendkreistag soll die Änderung der Satzung des Jugendkulturpreises bestimmen, hinsichtlich vier gleicher Preise und nicht drei abgestufter Preise.

2. Finanzielle Auswirkungen

-

3. Beschlussvorschlag

Der Jugendkreistag beschließt, dass der § 1 der Satzung JugendKulturPreis wie folgt geändert wird:

Satzung:

§ 1

Der Jugendkreistag des Landkreises Freising vergibt im Turnus von einem Jahr einen Jugend-Kultur-Preis.

1. Der Preis ist mit 1.500,-- € dotiert. Der erste Preis ist mit 750,-- €, der zweite mit 500,-- € und der dritte mit 250,-- € dotiert. Alternativ dazu kann die Jury die Preise auch gleichwertig vergeben.

~~1. Beschlussvorschlag:~~

~~Es gibt vier Preisträger*innen, welche gleichwertig honoriert werden und die gleiche Summe an Preisgeld von 375.--€ erhalten.~~

~~2. Beschlussvorschlag~~

~~Es gibt drei Preisträger*innen, welche gleichwertig honoriert werden und die gleiche Summe von 500.--€ erhalten. Es besteht die Möglichkeit einen Förderpreis zu vergeben. Wird ein Förderpreis vergeben, wird dieser mit 300.--€ dotiert. Die übrigen Preisträger*innen erhalten dann ein Preisgeld in Höhe von 400.--€.~~

Mehrheitlich abgelehnt: Ja: 6 Nein: 34 Anwesend: 40 Persönlich beteiligt: 0

4.4 Machbarkeitsstudie Landschaftspflegeverband (Camerloher-Gymnasium)

Anlage(n) der Sitzungseinladung:
Antrag der Jugendkreisrätin Elena Höger, Camerloher-Gymnasium Freising

Betreff: Antrag zur Finanzierung der Machbarkeitsstudie vom Landschaftspflegeverband für Begrünung

Anlage: Antrag von Jugendkreisrätin Elena Höger, Camerloher-Gymnasium

Der Vorsitzende bittet die Antragstellerin, ihren Antrag zu begründen.

Die Antragstellerin erklärt, dass sich der Antrag erledigt habe, da sich der Landschaftspflegeverband bereit erklärt habe, die Schule kostenlos zu beraten.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, dass er den Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbands, Herrn Maino, bitten werde, in die Schule zu kommen und gemeinsam mit der Antragstellerin Ideen zur Begrünung zu entwickeln. So gebe es eine Lösung ohne Beschlussfassung, die den Interessen der Antragstellerin nahekomme. Außerdem könne innerhalb des Landratsamts auf Fachkompetenz zurückgegriffen werden, die hilfreich sein könne.

Die Antragstellerin ist damit einverstanden und nimmt ihren Antrag zurück.

1. Sachverhalt

Landratsamt Freising

An unserer Schule haben wir eine Terrasse als Sitzgelegenheit, die im Sommer aufgrund der Hitze nicht genutzt werden kann. Es sollen nun die Klimawandelfolgen aufgefangen werden, in der Form, dass heiße Tage nicht mit einer Klimaanlage, sondern mit mehr Grün und Schatten ertragbar gemacht werden. Für diese Begrünung müssen wir uns fachmännischen Rat einholen (vom Landschaftspflegeverband für Begrünung). Eine Empfehlung welche Pflanzen bei unserer Mensaterrasse aus Stein Sinn machen.

2. Finanzielle Auswirkungen

noch nicht klar; niedriger Bereich

3. Beschlussvorschlag

~~Der Jugendkreistag beschließt die Machbarkeitsstudie durchgeführt vom Landschaftspflegeverband für Begrünung zu finanzieren.~~

Kein Beschluss wegen Zurücknahme des Antrags durch die Antragstellerin.

TOP 4.5 Foodsharing Kühlschrank (KJR Freising)

Anlage(n) der Sitzungseinladung:
Antrag von Jugendkreisrat Niklas Wernick, KJR Freising

Betreff: Foodsharing Kühlschrank

Anlage: Antrag von Jugendkreisrat Niklas Wernick. Kreisjugendring Freising

Der Vorsitzende erteilt Jugendkreisrat Niklas Wernick das Wort, um seinen Antrag zu begründen und dem Gremium ferner das Prinzip des Foodsharing erklärt.

Ein Mitglied des Jugendkreistags möchte wissen, worin der Unterschied zur Tafel bestehe.

Der Antragsteller trägt einige Unterschiede vor, die der Vorsitzende ergänzt.

Der Antragsteller macht deutlich, dass er für mehr Öffentlichkeit für Foodsharing sorgen wolle. Hierfür benötige man finanzielle Unterstützung für die Anschaffung eines Kühlschranks und eines Regals für einen weiteren „Fairteiler“ in Lerchenfeld.

Der Vorsitzende hält dies für eine gute und vernünftige Idee und der Antrag hinreichend bestimmt.

Wortmeldungen aus dem Gremium gibt es hierzu keine.

1. Sachverhalt

Grundsätzlich ist "Foodsharing" eine gemeinnützige Organisation von Ehrenamtlichen, die überschüssige Lebensmittel bei Händler*innen abholen und diese an entsprechende Aufbewahrungsorte (sog. "Fairteiler") verteilen. Damit kann das Wegschmeißen von überschüssigen Lebensmitteln verhindert werden.

Landratsamt Freising

Alle Mitbürger*innen dürfen sich dann kostenlos die verfügbaren Lebensmittel in den „Fairteilern“ abholen. So kann dann auch vielen Menschen in Armut, die sich eine ausgewogene Ernährung nicht leisten können, geholfen werden. Wir möchten nun in einer Kooperation mit "Foodsharing" einen Kühlschrank (+evtl. Regal) stellen, um einen weiteren „Fairteiler“ in Lerchenfeld zu ermöglichen.

2. Finanzielle Auswirkungen

100 €

3. Beschlussvorschlag

Der Jugendkreistag beschließt, dass der AK Jugendpolitik des Kreisjugendring Freising für eine Kooperation mit der Organisation "Foodsharing", mit 100 Euro bezuschusst werden soll, um einen Verteilerstandort in Lerchenfeld zu ermöglichen.

Einstimmig beschlossen: Ja: 40 Nein: 0 Anwesend: 40 Persönlich beteiligt: 0

4.6 Sportgeräte für den Außenbereich (Camerloher-Gymnasium)

Anlage(n) der Sitzungseinladung:
Antrag von Jugendkreisrätin Katharina Suchanek, Camerloher Gymnasium Freising

Betreff: Sportgeräte für den Außenbereich

Anlage: Antrag von Jugendkreisrätin Katharina Suchanek, Camerloher-Gymnasium

Der Vorsitzende weist eingangs auf die fehlende Bestimmtheit des Antrags hin. Er erkundigt sich bei der Antragstellerin, was genau beschlossen werden solle, und bittet, dies zu begründen.

Die Antragstellerin erklärt, sie wisse nicht, ob es möglich sei, einen Trimm-Dich-Pfad an der Schule einzurichten, so dass es auch schwierig gewesen sei, die Kosten zu beziffern. Falls ein Trimm-Dich-Pfad nicht in Betracht komme, solle es alternativ einen Balancierbalken oder kleine Tore geben.

Der Vorsitzende empfiehlt der Antragstellerin zunächst mit der Schulleitung zu reden, ob diese mit der Installation entsprechender Geräte einverstanden sei.

Die Antragstellerin erwidert, dass dies mit der Schulleitung abgesprochen worden sei. Sie sei sich allerdings nicht sicher gewesen, ob der Bauhof einen Balken für die Nutzung als Balancierbalken zur Verfügung stellen könne und sei auch hier wegen der Kosten nicht sicher gewesen.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob die Antragstellerin den Antrag näher konkretisieren könne. Es müssten Wünsche sein, die sich konkret umsetzen ließen. Eine Spanne von 500 € bis 1.200 € sei nicht konkret. Der Betrag müsse feststehen.

Auf Nachfrage erklärt die Antragstellerin, wo der Standort der Sportgeräte auf dem Schulgelände sein solle und was genau unter einem Trimm-Dich-Pfad zu verstehen sei. Eine Umfrage habe vor allem bei den Schülern der Unterstufe ergeben, dass sie sich, vor allem in den Pausen, mehr nutzbare Sportgeräte wünschten.

Der Vorsitzende weist nochmals daraufhin, dass es an einer notwendigen Konkretisierung des Antrags fehle. Er schlägt vor, Mitarbeiter des Landratsamts an die Schule zu schicken, um vor Ort zu besprechen, welche Sportgeräte möglich und umsetzbar seien. Dies könne Grundlage für die Erstellung eines Konzepts sein, dass dann zur Abstimmung gestellt werden könne. Er fragt die Antragstellerin, ob sie damit einverstanden sei.

Die Antragstellerin bejaht dies, sofern die Mitarbeiter zeitnah Zeit fänden, gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten. Ansonsten sehe sie dies kritisch.

Der Vorsitzende sagt zu, dies über das Bauamt veranlassen zu wollen und bei dieser Gelegenheit die versprochenen Christbaumständer auszuhändigen. Bei den Sportgeräten solle eine möglichst einfache, zufriedenstellende Lösung erreicht werden.

Ein Mitglied des Jugendkreistags merkt an, dass der Landkreis als Sachaufwandsträger für die Ausstattung von Schulen ohnehin zuständig sei, so dass zunächst der Weg über den Landkreis die erste Wahl sei, um zu sehen, ob er die Kosten übernehmen könne.

Der Vorsitzende bestätigt, dass der Jugendkreistag nichts zahlen müsse, wenn der Landkreis es beauftrage. Er schlägt vor, nicht einen Zuschuss zu beantragen, sondern eine Prüfung durch die Landkreisverwaltung, was möglich sei.

Die Antragstellerin erklärt sich damit einverstanden, bittet aber um eine zeitnahe Umsetzung.

Der Vorsitzende ändert sodann den Beschlussvorschlag, über den das Gremium unmittelbar abstimmt.

1. Sachverhalt

Wir beantragen Sportgeräte für den Außenbereich des Camerloher-Gymnasiums (ähnlich wie Trimm-Dich-Pfad).

Beispielsweise einen Balancierbalken, robuste kleine Tore oder eine Klimmzugstange. Die Sportgeräte wären z.B. auch am Nachmittag zugänglich für Außenstehende.

2. Finanzielle Auswirkungen

500 – 1200€

Der Vorsitzende ändert sodann den Beschlussvorschlag, worüber das Gremium abstimmt.

3. Beschlussvorschlag

~~Der Jugendkreistag beschließt das Camerloher-Gymnasium mit Sportgeräten und den damit verbundenen anfallenden Kosten in Höhe von 500-1200€ zu bezuschussen.~~

Der Jugendkreistag beschließt, die Landkreisverwaltung zu bitten, nach Absprache mit der Antragstellerin geeignete Möglichkeiten für die Ausstattung mit Sportgeräten am Camerloher-Gymnasium Freising zu prüfen.

Mehrheitlich beschlossen: Ja: 28 Nein: 0 Enthaltungen: 12 Anwesend: 40

KR Weiskopf weist nach der Abstimmung darauf hin, dass im Jugendkreistag nach der GeschO des Jugendkreistags eine Stimmenthaltung, im Gegensatz zum Kreistag, zulässig sei.

4.7 Bauten Josef-Hofmiller-Gymnasium (Josef-Hofmiller-Gymnasium)

Anlage(n) zur Sitzungseinladung:
Antrag von Jugendkreisrätin Kiara Mengue und Jugendkreisrat Fabian Dirscherl, Dom-Gymnasium und Josef-Hofmiller-Gymnasium Freising

Betreff: Meinungsaustausch bezüglich der Bauten des Josef-Hofmiller-Gymnasiums

Anlage: Antrag von Jugendkreisrat Fabian Dirscherl und Jugendkreisrätin Kiara Mengue

Jugendkreisrat Dirscherl und Jugendkreisrätin Mengue nehmen den Antrag zurück, weil man diesen erst schulintern besprechen wolle.

1. Sachverhalt

Das Josef-Hofmiller-Gymnasium bekommt einen kompletten Umbau oder eine Kernsanierung. Jedoch wird im Kreistag noch diskutiert, was denn davon die bessere Alternative sei. Der Jugendkreistag kann diskutieren, was denn für sie aus Schülersicht – und zwar als Schüler*innen aller Freisinger Schulen, nicht nur des JoHos – das Beste wäre und dies an den Kreistag vermittelt.

2. Finanzielle Auswirkungen

keine

3. Beschlussvorschlag

Der Jugendkreistag gibt seine Empfehlung an den Kreistag und die betreffenden Ausschüsse weiter.

Kein Beschluss wegen Zurücknahme des Antrags durch die Antragstellerin.

4.8 Anfrage/Sonstiges

Anschaffung eines Nikolauskostüms für die Karl-Meichelbeck-Realschule:

Ein Mitglied des Jugendkreistags trägt vor, dass die SMV der Karl-Meichelbeck-Realschule ein neues Nikolauskostüm für die alljährliche Nikolausaktion benötige. Dies komme der ganzen Schulfamilie zugute und der Erlös der Aktion werde gespendet. Die Investition sei einmalig und auf mehrjährige Verwendung angelegt. Die Kosten beliefen sich auf etwa 300 €.

Der Vorsitzende bemerkt, dass es sich dabei um ein dringliches Anliegen handele, weil zum Zeitpunkt des nächsten Jugendkreistags im Dezember Nikolaus bereits vorbei sei, weshalb Dringlichkeit vorliege. Über dringliche Anträge könne entschieden werden, wenn die Mehrheit einverstanden sei. Er fragt bei den Teilnehmern nach, ob hiermit Einverständnis bestehe. Es wird mehrheitlich beschlossen, dass der Antrag wegen Dringlichkeit behandelt werden soll.

Ein Mitglied des Jugendkreistags fragt nach, ob das Kostüm nicht günstiger angeschafft werden könne.

Der Antragsteller antwortet, dass man sich für dieses Kostüm entschieden habe, weil ein Ähnliches bereits von den Tutoren zu einem Preis von 300 € angeschafft worden sei, weshalb man auch 300 € beantrage.

Ein Mitglied des Jugendkreistags spricht an, da bereits ein Kostüm der Tutoren vorhanden sei, ob sich dieses nicht teilen ließe bzw. ob nicht eine Kostenteilung zwischen SMV und Jugendkreistag in Betracht komme.

Der Antragsteller antwortet, dass die Tutoren das Kostüm im gleichen Zeitraum wie die SMV bräuchten. Eine Kostenteilung zwischen SMV und Jugendkreistag erscheine denkbar.

Der Vorsitzende hakt nach, ob die SMV bereit wäre, einen finanziellen Beitrag zu leisten, was der Antragsteller zusagt.

Der Vorsitzende bemerkt abschließend, dass 300 € beantragt worden sei, worüber zunächst abzustimmen sei. Wenn der Antrag keine Mehrheit finde, könne die Summe immer noch hälftig zwischen SMV und Jugendkreistag aufgeteilt werden. Über den Inhalt des Antrags bestimme allein der Antragsteller.

Der Antragsteller teilt mit, dass er den gestellten Antrag über 300 € aufrecht erhalte.

Sodann stimmt der Jugendkreistag über den Antrag ab.

Der **Antrag** wird **mehrheitlich beschlossen**.

Anschaffung eines Rucksacks zur Notfallausrüstung:

Jugendkreistag Noah Renkl vom Camerloher-Gymnasium beantragt eine Bezuschussung in Höhe von 350 € für einen Rucksack zur Notfallausrüstung.

Der Vorsitzende äußert, dass alles, was der Sicherheit diene, nicht verhandelbar sei. Wenn die Ausstattung medizinisch notwendig sei, übernehme diese selbstverständlich der Landkreis, ohne dass es einer finanziellen Beteiligung des Jugendkreistags bedürfe.

Der Antragsteller berichtet von weiteren Mängeln der medizinischen Ausstattung an der Schule.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass hier wegen der Dringlichkeit und des erforderlichen Handlungsbedarfs der Landkreis tätig werde.

KR Bengler unterstreicht, dass die Anschaffung von medizinischer Notfallausrüstung Pflichtaufgabe des Landkreises sei, die dieser anzuschaffen habe und zwar im eigenen Verfügungsrahmen. Dies habe nichts im Etat des Jugendkreistags verloren.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

Ein Mitglied des Jugendkreistags regt an, das medizinische Equipment an allen Schulen durch den Landkreis als Sachaufwandsträger überprüfen zu lassen.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies in seinem Sinn sei.

Sportnachmittag an allen Landkreisschulen:

Ein Mitglied des Jugendkreistags schlägt einen Sportnachmittag aller Schulen im Landkreis Freising für einzelne Jahrgangsstufen in der Savoyer Au mit der Bezeichnung „Freisinger Schulsporttag“ vor, um sich gegenseitig kennenzulernen.

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass der Landkreis eine Schulkoordinatorin habe, bei der man dies anregen werde. Er halte dies für eine gute Idee, die aber über die Schulleitungen, SMV oder Elternbeiräte organisiert werden müsse.

Die Antragstellerin macht deutlich, dass es ihr vor allem um eine kostenlose Nutzung der Savoyer Au für diese Veranstaltung gehe.

Der Vorsitzende sagt zu, die Schulkoordinatorin auf den Vorschlag anzusprechen und diesen auch bei der nächsten Schulleiterkonferenz zu kommunizieren.

5. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende beendet die Sitzung mit einem Dank an alle Beteiligten und Mitglieder des Jugendkreistags.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Helmut Petz
Landrat

Yvonne Gentzsch
SG 04